REICHSAUSGABE

PREIS 10 PF.

Der FUNKE

TAGESZEITUNG FÜR RECHT, FREIHEIT UND KULTUR

„Der Funke" erscheint sechsmal wöchentlich. Bei Ausfall der Lieferung infolge höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Entschädigung. Bezugspreis 2.— Mark monatlich, zuzüglich Zustellgebühr nach Vereinbarung. Anzeigenpreise Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit. Redaktion und Verlag: Berlin S 14, Inselstr. 8a. Fernruf: F 7, Jannowitz, 5909. Postscheckkonto Berlin, Nr 80460 (Internationale Verlagsanstalt G. m. b. H.).

NUMMER 97 A | BERLIN • Dienstag, den 26. April 1932 | 1. JAHRGANG

Die politische Narrenbühne.

Zu den deutschen Wahlen. — Die Aufgaben der Arbeiterschaft.

W—er. In seinem Buch „Demokratie und Führerschaft" hat LEONARD NELSON zusammenfassend über das Prinzip der Mehrheitsentscheidung gesprochen, und zwar einem Theoretiker gegenüber, der dieses Prinzip für eine Möglichkeit der besten Führerauslese hielt. NELSON sagte damals das harte und ihm häufig fälschlicherweise als Ausdruck von Hochmut ausgelegte Wort:

„Die Demokratie ist nicht die große Arena, aus der der Tüchtigste als Sieger hervorgeht. Sie ist die Narrenbühne, auf der der pfiffigste oder bestbezahlte Schwätzer dem vornehmen und nur auf seine gute Sache bauenden Charakter den Rang abläuft."

Wenn man nur die am Sonntag erfolgten Wahlen in Deutschland betrachtet und die Menschen ansieht, die da überhaupt zur Wahl standen, so wird die Suche nach den vornehmen Charakteren innerhalb dieser Gruppe ein ziemlich verzweifeltes Unternehmen; denn in Deutschland ist auf Grund dieses glorreichen Prinzips, wonach die Vergewaltigung einer Minderheit durch eine Mehrheit allemal vorzugswürdiger ist als die Unterordnung der Menschen unter vernünftige Gründe, auch wenn diese durch eine Minderheit ausgesprochen werden — in Deutschland ist auf diese Weise nahezu alles an Charakteren aus dem öffentlichen Leben geradezu systematisch herausgestimmt worden. Dies gilt nicht etwa nur für die Wahlen zu Parlamenten; das gilt für alle politischen Organisationen und für alle Vereine, in denen gewählt wird. Diese unleugbaren Tollheiten des demokratischen Prinzips haben gerade deshalb eine besondere Gefahr für das politische Leben im Gefolge, weil durch den Hinweis auf die offenkundigen Fehler der Demokratie allen Charlatanen und sogenannten „Führern" (selbstverständlich auch kirchlichen Autoritäten) der Weg freigegeben ist zu der Errichtung einer zwar undemokratischen, aber deshalb nicht weniger verwerfungswürdigen Errichtung einer Bonzen-, Priester- oder sonstigen Herrschaft.

Es bleibt LEONARD NELSONS dauerndes Verdienst, aus dieser Zwickmühle: dem demokratischen Tanz um das goldene Kalb der Mehrheit und dem autokratischen Prinzip selbstherrlicher Despotie heraus einen Ausweg in dem von ihm formulierten Prinzip der Führerschaft gezeigt und darüber hinaus auch praktisch den Grundstein zur Verwirklichung dieses Prinzips in der Gründung einer darauf aufgebauten politischen Organisation, dem ISK, gelegt zu haben.

Diese Worte müssen vorausgeschickt werden bei einer grundsätzlichen Kritik, die der ISK an dem Wahlergebnis vom Sonntag anzubringen hat.

*

Das Wahlergebnis zeigt ein so völliges Durcheinander, einen so offenkundigen Mangel an grundsätzlicher Orientierung in jeder Beziehung, daß man versucht wäre, am Verstande der gesamten deutschen Bevölkerung und auch ihrem Charakter zu zweifeln, wenn man eben nicht wüßte, daß in der Demokratie mit beinahe mathematischer Sicherheit letzten Endes nur der Schwätzer und Demagoge Aussicht auf Erfolg hat, wenn er nur genügend Geld besitzt, die zur Erzeugung einer Massenpsychose nötige Stimmung künstlich zu erzeugen. Beide Voraussetzungen sind bei der Partei ADOLF HITLERS in genügender Weise erfüllt. Er ist in bezug auf Versprechen von einer derartigen Hemmungslosigkeit, daß es wohl praktisch nichts gibt, was er noch nicht versprochen hätte, und es ist ihm zweifellos gelungen, so viel Geld von den Interessenten an einem politischen Durcheinander zusammenzukratzen, daß er seine Pläne schon bei dieser Wahl nahezu erreicht hat, das heißt, daß er den offenen Faschismus beinahe mit Zustimmung der Mehrheit des souveränen Volkes hat einrichten können.

Zweifellos kommt HITLER bei seiner irrsinnigen Propaganda des tollen „Dritten Reiches" noch die heutige katastrophale ökonomische Notlage des größten Teils der Bevölkerung außerordentlich zu Hilfe: Die in der wirtschaftlichen Not beinahe Ertrinkenden klammern sich selbstverständlich an jeden sich bietenden Strohhalm, und würde er ihnen von einem HITLER hingehalten.

Aber allein mit der Wirtschaftsnot, und allein mit HITLERS Gerissenheit und seinen mehr oder weniger bekannten Geldgebern ist der Sieg der Nationalsozialisten, der einem Mitglied des deutschen Volkes die Schamröte ins Gesicht treiben kann, nicht zu erklären. HITLER hat zwar das gesamte Bürgertum seiner Parteizugehörigkeit nach bis auf den deutschnationalen Rest völlig zerstört. Und das ist im Grunde nicht zu bedauern: das Bürgertum hat damit seine angestammte Klassenstellung bezogen. Insofern könnte man Herrn HITLER für die Hilfe bei der Klärung der Situation geradezu noch dankbar sein, weil er mittelbar dazu hätte beitragen können, der Arbeiterklasse und ihren Führern die Augen zu öffnen über die Wichtigkeit des Klassenkampfes und über die Notwendigkeit, die dazu erforderlichen Mittel radikal und eilig zu ergreifen.

HITLER hat tatsächlich im Grunde schon durch die bei der Reichstagswahl 1930 erzielten, damals aufsehenerregenden, heute bei weitem in den Schatten gestellten Erfolge ein Alarmsignal gegeben. Wir schrieben damals zur Beurteilung der Reichstagswahl, daß die Arbeiterschaft in ihrer Entwicklung so bedroht sei, daß sie schließlich bei ihrer ersten Forderung anlangen würde, nämlich um „das freie Wahlrecht" zu streiten, was selbstverständlich einem HITLER-Absolutismus vorzuziehen ist.

Wir schrieben aber damals ferner:

„Mag das freie Wahlrecht in der Tat heute angesichts der drohenden Diktatur der NS-Helden die Forderung der Stunde sein, der Sozialismus wird nicht in freier Wahl erstritten. Er wird erstritten von einem nüchtern und kraftvoll geführten, nicht durch Bruderkampf zerrissenen Proletariat. Obwohl auf allen Seiten einer solchen Einheitsfront Hemmungen entgegenstehen — die Voraussetzung zu ihrer Verwirklichung nicht unmöglich zu machen, liegt heute bei der KPD. Angesichts der furchtbaren wirtschaftlichen Bedrohung des Proletariats, die auch dann noch bestehen bleibt, wenn der politische Angriff abgeschlagen werden sollte, handelt es sich darum, wenigstens die bestehenden Organisationen, die den wirtschaftlichen Kampf der Arbeiterschaft heute noch wirksam führen können, nicht zu zerstören. Es gibt Zeiten, in denen es revolutionärer ist, dem Geist des Reformismus innerhalb der reformistischen Organisationen entgegenzutreten, als durch ihre Zerschlagung nur die Macht der Klassengegner zu stärken."

Die dazwischenliegende Zeit hat für die KPD nicht ausgereicht, der Stimme der politischen Vernunft Gehör zu geben und ihre schädliche Politik der RGO und der Spaltung der anderen überparteilichen Arbeiterbewegung aufzugeben. Daß dies Verhalten mittelbar dazu beigetragen hat, die Front des Klassengegners zu stärken, scheint uns durch den weiteren Vormarsch HITLERS sonnenklar erwiesen zu sein.

Zudem hat nicht nur HITLER an Stimmen zugenommen, sondern es haben auch die Arbeiterparteien an Stimmen verloren, und zwar die Kommunisten u. a. in drei Berliner Wahlbezirken, in denen sie bei der Reichstagswahl 1930 und auch jetzt noch stark vertreten, zum Teil sogar die stärkste Partei sind. Nicht nur die greifbaren Zahlenergebnisse zeigen es, sondern es ist auch bekannt, daß in weiten Kreisen der Arbeiterschaft, auch so weit sie noch die Kommunistische

Der neue Preußen-Landtag.

In den neuen preußischen Landtag sind 422 Abgeordnete gewählt worden, und zwar:

Sozialdemokraten	93
Deutschnationale	31
Zentrum	67
Kommunisten	57
Deutsche Volkspartei	7
Staatspartei	2
Nationalsozialisten	162
Deutsch-Hannoveraner	1
Christlich-Soziale	2

Alle übrigen Parteien haben weder in einem Wahlkreis noch in einem Wahlkreisverband die erforderliche Stimmenzahl erreicht.

Landtagswahlen in Oesterreich.

Sozialdemokratische Stimmen gehalten.

k Wien, 25. April.

Die Landtagswahlen in Oesterreich sind ohne besondere Zwischenfälle verlaufen.

In Wien erhielten:

		1930
Sozialdemokraten	678 414	703 718
Christlich-Soziale	221 457	282 959
Nationalsozialisten	180 143	27 457

Die Mandate verteilen sich folgendermaßen:

	jetzt	bisher
Sozialdemokraten	66	78
Christlich-Soziale	19	40
Großdeutsche	—	2
Nationalsozialisten	15	0

In Niederösterreich erhielten:

		1930	
Sozialdemokraten	276 274	291 167	
Christlich-Soziale	362 738	360 796	
Großdeutsche	18 390	70 172	(Schober-Block)
Landbund	10 006		(1930 mit den Großdeutschen zusammen als nat. Wirtschaftsblock)
Nationalsozialisten	110 774	34 307	
Kommunisten	8 480	4 122	

Die Mandate verteilen sich folgendermaßen:

	jetzt	bisher
Sozialdemokraten	20	21
Christlich-Soziale	28	33
Großdeutsche	—	5
Landbund	—	1
Nationalsozialisten	8	0

In Salzburg erhielten:

		1930	
Sozialdemokraten	29 810	36 919	
Christlich-Soziale	44 013	51 239	
Großdeutsche	2 050	15 625	(Schober-Block)
Landbund	7 361	6 755	
Heimatblock	5 530	7 059	
Nationalsozialisten	24 125	4 597	
Kommunisten	3 127	3 755	

An Sitzen erhielten:

	jetzt	bisher
Christlich-Soziale	12	13
Sozialdemokraten	8	9
Nationalsozialisten	6	0
Großdeutsche	—	2
Landbund	—	1

Da die Gesamtzahl der Mandate im Landtag verringert worden ist, hat das Wahlergebnis für die Sozialdemokraten bisher keine Verluste ergeben. Die Nationalsozialisten haben aufgeholt, in Wien beträchtlich auf Kosten der Christlich-Sozialen.

AUS DEM INHALT:

Ein Paradies auf Erden.
Kämpfe in Ostasien.
Korrumpierte Beamte.
Massenverhaftungen in Delhi.
Verfeinerung des Tarifvertragsystems.
Sozialistische Wirtschaft in der Sowjet-Union?

Partei als das kleinere Uebel gewählt haben, eine Stimmung vorhanden ist, die dem herrschenden Parteikurs der KP nicht sehr günstig ist. Das ist gewiß zu begrüßen, und wir können im Interesse aller Beteiligten nur wünschen, daß die Führung der Kommunistischen Partei aus dem völlig eindeutigen Versagen ihrer ultralinken Katastrophenpolitik schon aus Parteirücksichten die Konsequenz ziehen wird, das ZK der Partei mit Menschen zu besetzen, die gegenüber den Anforderungen einer klassenbewußten Arbeiterpolitik feinere Fingerspitzen und ein besseres Gehör haben als die heutige Leitung der KPD.

Wir sind nach allen Erfahrungen mit der Politik der KPD nicht sicher, daß die KPD diesen notwendigen Schritt mit gebührender Schnelligkeit tun wird, und vor allem sind wir nicht sicher, daß sie dann eine Führung bekommt, die den vorhandenen Fehler endgültig beseitigt. Wir erwarten, wie gesagt, das Heil der Arbeiterschaft überhaupt nicht von SPD oder KPD, gerade weil ihre Politik schwankend und unberechenbar ist. Wenn wir trotzdem uns bei der Wahl für eine der bestehenden Parteien entscheiden und nicht auch eigene Listen aufstellen, so tun wir das aus der zweifachen Erwägung heraus, daß erstens das Wohl der Arbeiterschaft letzten Endes nicht im Parlament entschieden wird, und daß, so weit gegenwärtig im Parlament etwas die Arbeiterschaft Betreffendes behandelt wird, die bisher vorhandenen parlamentarischen Vertretungen nicht dadurch besser werden, daß man eine kleinere ihnen zugesellt. Für diese Tatsache haben die Arbeiter-Wähler auch das richtige Verständnis; denn sie haben in den letzten Jahren eindeutig jede neue parlamentarische Parteibildung abgelehnt — der vorläufig letzte Fall, war das völlig bedeutungslose Auftreten der SAP, die mit ihren 70 000 Stimmen, die sie erhalten hat, nichts weiter getan hat, als der parlamentarischen Vertretung der Arbeiterschaft ein oder zwei Mandate zu hinterziehen und also der Reaktion zu dienen.

Daß wir uns bei der Wahl zwischen den beiden großen Arbeiterparteien für die KP entscheiden, hat seinen Grund einfach darin, daß wir bei der KP wenigstens die Ueberzeugung finden, daß nur der Kampf der Arbeiterklasse dient und nicht das Reden. Die RGO-Politik ist gewiß eine ungeheure Dummheit der KPD; aber auch sie entspringt letzten Endes der Ungeduld gegenüber der lahmen Haltung der Gewerkschaften. Dazu kommt, daß die Haltung der SPD in den freien Gewerkschaften gewiß ebenso fragwürdig ist, wie die der KPD. Die plumpe Ausnutzung eines durch raffinierte Regie aufgebauten Apparates kann in der Tat Menschen, denen am Kampf liegt, zur Verzweiflung treiben. Und sicher ist ein solcher Mensch, sowohl menschlich als auch politisch, angenehmer als einer, der mit der sicheren Mehrheit seiner zurechtintrigierten Parteiapparate im Nacken und Gesäß andere Leute unter dem Deckmantel des Mehrheitsprinzips terrorisiert.

Daraus folgt selbstverständlich nicht irgend eine Entschuldigung für die KPD.

Ihre Aufgabe bleibt es, für die Einheit der Arbeiterklasse, und zwar auf revolutionärer Grundlage, die sie ja anerkennt, mitzuarbeiten. Dazu gehört heute wie vor zwei Jahren nicht die Spaltung der Arbeiterschaft oder auch nur die Aufrechterhaltung dieser Spaltung, sondern die Zusammenfassung. Der erste Schritt dazu ist die völlige Liquidierung der RGO-Politik und eine konsequente und saubere Arbeit in der dann wieder hergestellten Gewerkschaftseinheit. Auf die Weise nützt die KPD nicht nur der Arbeiterschaft, sondern kann sogar ihrer eigenen Partei nützlich sein.

„Ein Paradies auf Erden".

Japans Herrschaft in der Mandschurei.

Der japanische Kriegsminister ARAKI erklärte, das japanische Kriegsministerium brauche, um Ordnung in der Mandschurei zu schaffen, 1,2 Millionen Yen. Japan müsse in der Mandschurei etwa 56 000 Mann aller Waffengattungen unterhalten.

*

Eine japanische Bank hat dem mandschurischen Staat eine Anleihe von 30 Millionen Yen gegeben. An dieser Anleihe, die zur Gründung einer mandschurischen Bank verwandt werden soll, werden sich voraussichtlich alle großen japanischen Banken und Firmen beteiligen.

*

Die japanische Gendarmerie hat in Charbin mehrere Beamte der östlichen Strecke der chinesischen Ostbahn verhaftet im Zusammenhang mit dem Attentat auf den japanischen Militärzug. Die Verwaltung der chinesischen Ostbahn hat sofort den sowjet-russischen Generalkonsul in Charbin aufgefordert, Schritte zu unternehmen, damit die verhafteten Beamten wieder freigelassen werden.

PUJI hat den Untersuchungsausschuß des Völkerbundes zur Besprechung der mandschurischen Frage eingeladen, hält aber nach wie vor an dem Verbot der Einreise für den chinesischen Begleiter des Ausschusses, WELLINGTON KOO, fest. Ja, die mandschurische Regierung ist jetzt sogar soweit gegangen, Koo Verhaftung und Hinrichtung anzudrohen, wenn er das mandschurische Hoheitsgebiet betreten sollte!

*

Aus einer Rede des japanischen Kriegsministers: Es sei Japans Aufgabe, die Mandschurei zu einem Paradies auf Erden zu machen, in dem jeder sicher sei. Es sei Zeit, daß Japan sich entschließe, aus vollem Herzen mit der mandschurischen Regierung zusammenzuarbeiten, um eine große Zivilisation im Fernen Osten aufzurichten.

Kämpfe in Ostasien.

Kanton-Armee gegen die Rote Armee.

Die chinesische Regierung hat trotz der schwierigen politischen Lage in Schanghai beschlossen, mehrere Divisionen in der Richtung von Amoy zu entsenden, wo die kommunistischen Truppen der Roten Armee große Erfolge erzielt haben. Zwei Flugzeuggeschwader der Kanton-Armee haben die chinesischen kommunistischen Truppen bei Amoy bombardiert, wobei mehrere hundert Personen getötet wurden. Die kommunistischen Truppen werden von dem bekannten chinesischen Kommunisten TSCHUDE geführt. Die chinesische Regierung hat für den Kopf TSCHUDES eine Belohnung von 10 000 chinesischen Dollar ausgesetzt.

Japanische Offensive gegen die chinesischen Mandschuren.

Der japanische Kriegsminister ARAKI hat den Chef der japanischen Truppen in der Mandschurei, General HONJO, angewiesen, Maßnahmen zu treffen, um die aufständischen Truppen von der chinesischen Ostbahn fernzuhalten. Die Chinesen sind zum Teil siegreich vorgedrungen, zum Teil haben sie sich vor der japanischen Infanterie zurückziehen müssen.

Kämpfe um Schanghai.

Nach einer Meldung der Telegraphen-Agentur der Sowjetunion haben japanische Truppen südwestlich von Schanghai die chinesischen Stellungen angegriffen. Nach starkem Artillerie- und Maschinengewehrfeuer trugen sie den Infanterieangriff vor, der aber von den Chinesen trotz erheblicher eigener Verluste abgewiesen wurde.

Eisenbahnerstreik in Tokio.

Auf der Eisenbahnstrecke Tokio—Nagoja sind die Eisenbahner in den Streik getreten. Ihre Forderung nach Erhöhung der Löhne wurde von der Regierung abgelehnt. Die Regierung will den Verkehr durch Freiwillige aufrechterhalten.

Korrumpierte Beamte.

Parlamentarische Kampfmethoden in Neufundland.

m **London**, 24. April.

In Neufundland sind gerichtliche Verfahren gegen insgesamt 14 Regierungs- und Parlamentsmitglieder wegen verfassungswidriger Annahme von staatlichen Nebeneinkünften anhängig gemacht worden. Verfassungsmäßig ist jedes Regierungs- oder Parlamentsmitglied, das neben seinem ordentlichen Gehalt irgend welche Staatseinkünfte empfängt, für jeden Tag, den es nach Feststellung dieser strafbaren Handlung im Parlament sitzt, für 239 Dollar Schadenersatz haftbar. Insgesamt belaufen sich die Schadenersatzforderungen nunmehr auf 260 000 Dollar. Bemerkenswert ist, daß die Klagen sämtlich von Ministern und Abgeordneten selbst gegen ihre Kollegen erhoben werden. Mitglieder der Opposition verklagen die Regierungsanhänger, und diese antworten mit demselben Manöver. Unter den Angeklagten befindet sich der Ministerpräsident und der Generalstaatsanwalt. Da ein Aufhören der gegenseitigen Beschuldigungen nicht abzusehen ist, so wird beabsichtigt, ein Gesetz einzubringen, durch das das Verhalten der Angeklagten nachträglich gebilligt wird.

Dieser Streit der Regierungs- und Parlamentsmitglieder untereinander wirft ein Licht auf die Ursachen der Erwerbslosenunruhen, die kürzlich Regierung und Parlament in Neufundland bedrohten und um derentwillen die englische Regierung einen Kreuzer zum Schutz der „Ordnung" nach Neufundland entsandt hat.

Noch vier Kriegsopfer. In Langeimarck wurden vier auf dem Felde arbeitende Arbeiter durch die Explosion einer Granate getötet. Die Granate lag noch vom Kriege her im Boden.

Am Sonnabend und Sonntag wurden in Delhi insgesamt 1000 Kongreßanhänger verhaftet, die an der von der indischen Regierung verbotenen Jahresevrsammlung des Allindischen Kongresses teilnehmen wollten. Tausende von Indern aus allen Teilen des Landes waren nach Delhi geströmt. Die Polizei befand sich dauernd im Alarmzustand und löste jeden Kundgebungszug sofort auf. Delhi und die nähere Umgebung bot den Anblick einer belagerten Stadt. Längs den Straßen waren Hunderte von Zelten aufgeschlagen, in denen sich Polizeimannschaften befanden, die den Zumarsch nach Delhi überwachten. Auch die Bahnhöfe wurden streng bewacht. Gegen Sonntag mittag versammelten sich mehrere Kongreßführer vor dem Glockenturm in Delhi, wo sie ihre Entschließungen verlesen wollten. Sie wurden jedoch sofort festgenommen.

o

Die Aufhebung des Demonstrationsverbots, das seit dem 5. Januar 1932 bestand, ist jetzt vom mecklenburg-strelitzschen Staatsministerium versuchsweise angeordnet worden.

Die deutsche Briefpost nach New York, die der Dampfer „Mauretania" am 30. April von Southampton aus mitnehmen sollte, wird, da „Mauretania" nicht fährt, am 4. Mai von Bremerhaven aus mit der „Europa" befördert werden. Ankunft in New York am 10. Mai.

Berichtigung zum Leitartikel in Nr. 96. Der erste Satz des letzten Absatzes muß lauten: „Den an sich richtigen Einwand, daß die KPD an *der Zerstörung* der überparteilichen Gewerkschaftsfront arbeitet, beantworten wir mit der Feststellung, daß heute keine parlamentarische Partei dies unterläßt, daß insbesondere die SPD das Gleiche tut."

PORGY.

Ein Neger - Roman von *du Bose Heyward.*

(Deutsche Rechte: Th. Knaur. Nachfolger, Verlag, Berlin.)

(6. Fortsetzung.)

„Du bist ein ganz verdammter Lügner!" fuhr der Mann ihn an.

Er zog eine Pfeife, und auf seinen schrillen Pfiff kamen zwei Polizisten angelaufen.

„Der hat den Mord mit angesehen!" sagte der Detektiv auf Peter zeigend. „Nehmt ihn mit, — er wird als Tatzeuge eingesperrt!"

„Und was soll mit dem Krüppel geschehen?" fragte einer der Beamten.

„Der hat natürlich auch alles gesehen!" antwortete der Detektiv mürrisch. „Sein Zimmer liegt ja gerade hier am Eingang! Leider kann ich nichts aus ihm herausbekommen... Na, das macht ja auch nichts, — einer genügt, um Crown an den Galgen zu bringen, wenn wir ihn überhaupt noch fassen... Vorwärts, — schafft den Alten in den Wagen!"

Die Polizisten hoben den zitternden, greisen Neger auf.

„Komm schon mit, Onkelchen!" tröstete ihn der eine von ihnen. „So schlimm wie dem Crown wird dir's ja auf keinen Fall ergehen!"

Die kleine Gruppe verschwand durch den Eingang, — Porgy blieb allein.

Von der Straße herein drang das schrille Läuten des Polizeiwagens und das Klappern von Hufen, das sich rasch entfernte und dann erstarb...

Zehn Tage waren vergangen, seit der Detektiv Peter fortgebracht. Eine Woche lang hatte sein Wagen unbenützt unter dem baufälligen Schuppen gestanden, und sein alter, abgetriebener Gaul hatte notdürftig von dem das Leben gefristet, was mitleidige Freunde seines abwesenden Herrn ihm gebracht. Dann war eines Tages ein Mann gekommen und hatte Pferd und Wagen abgeholt. Auf die empörten Einwände der Neger hatte er einen vor drei Jahren abgeschlossenen Vertrag vorgewiesen, nach dem Peter verpflichtet war, für unbestimmte Zeit wöchentlich zwei Dollar auf den unerhört hoch angesetzten Kaufpreis an Zinsen und Abzahlung zu leisten. Bei Nichteinhaltung einer Rate fiel das Gekaufte als Eigentum an den Verkäufer zurück. Das alles machte einen durchaus gesetzlich korrekten Eindruck, und so rumpelte denn der alte, klapprige Karren über das Kopfsteinpflaster davon.

Kurz darauf erschien der Besitzer des Möbelabzahlungsgeschäftes, ein großschnäuziger, bärtiger Bursche. Der fluchte so grimmig, daß niemand auch nur zu protestieren wagte, als er Peters Möbel auf seinen Handkarren lud und mit ihm davonfuhr.

Von all seinen Habseligkeiten verblieben jetzt nur noch in einem Winkel von Porgys Zimmer, wohin dieser sie in Verwahrung genommen: Ein alter, abgenutzter Lederkoffer, ein buntes Porträt des Präsidenten Abraham Lincoln, des „Großen Sklavenbefreiers", und ein Bündel zerschlissener Kleider — stumme Erinnerungen an ihren sanften, gütigen, alten Besitzer...

II.

Die erschlaffende Schwüle eines südlichen Mais lag in der Luft.

Das ist die Jahreszeit so recht nach dem Herzen des Negers. Die Arbeit auf den Docks flaute ab, — nur zwei oder drei Tage in der Woche haben die Männer noch zu tun. Immer liegen einige von ihnen auf dem Hof herum, lassen sich in der glühenden Sonne schmoren und erzählen sich lachend allerlei Geschichtchen, während sie auf ihre Frauen warten, die in Eimern das Essen aus der Volksküche der Weißen holen.

In der Nähe des Eingangs lungerten gewöhnlich die Lastträger herum, die sich schon durch ihre Größe von den anderen unterschieden. Um den Hals hatten sie bunte Tücher, und unter ihren blauen Baumwollhemden zeichnete sich die Muskulatur ihres breiten Rückens ab, auf dem sie fünf Zentner schwere Baumwollballen zu tragen gewohnt waren. Da sie nicht nur überlegene Körperkräfte besaßen, sondern obendrein auch noch mehr als alle anderen verdienten, brutalisierten sie den ganzen Hof und spielten hier die Herren. Sie nahmen sich die Weiber, die ihnen gefielen, und kleideten sie prächtig in schreiende Farben, in Karmesin- und Purpurrot, das sie besonders liebten.

Der Kummer über den Verlust Robbins' hatte sich bei seinem Begräbnis ausgetobt, Peters Mißgeschick wurde zwar noch gelegentlich erörtert, aber berührte doch den einzelnen nicht allzu tief. Ueberall herrschte eine gewisse Fröhlichkeit. Das Scharlachrot der Geranien hatte bereits wieder begonnen, wie eine windbewegte Flamme vor jedem Fenster aufzuflackern, und von der Bucht her wehte ein würziger Salzhauch über das junge Sumpfgras herüber.

Auf dem Kai jenseits der schmalen Gasse luden die Fischer Massen silbrig- und goldenglänzender Fische aus. Gemüseboote, die mit geflickten, rostbraunen Segeln von den Inseln herüberkamen, unterbrachen das lichte Blau im Innern des Hafens durch den gelblichen Ton, den sie in ihrem aufgewühlten Kielwasser hinterließen.

Durch die Tür der Garküche konnte man Maria, deren gewichtige Besitzerin, sehen, die Fischsteaks von einem vier Fuß langen Hammerkopfhai abschnitt, den einer der Fischer ihr abgelassen hatte. Es war eben, mit einem Wort, die Zeit für die guten Dinge des Lebens, die man jetzt fast umsonst bekam...

Nur Porgy saß einsam und betrübt in seiner Tür und beobachtete, wie der Schein der Sonne an der östlichen Mauer emporkroch, bis er an ihrem Rande in ein zartes Rot verblaßte, — wie dann unten am Kai die bläuliche Dämmerung aufstieg und sich allmählich über Gasse und Hof breitete.

Seit Peter verhaftet war, hatte er nicht mehr seinen gewohnten „Arbeits"platz aufsuchen können, und sein kleiner Vorrat an Münzen, den er unter einem gelockerten Stein des Herdes verwahrte, war beinah erschöpft. Jedoch auch davon abgesehen, — er vermißte seinen alten Freund ehrlich und mochte darum an dem unbeschwerten, fröhlichen Leben um ihn her nicht teilnehmen.

(Fortsetzung folgt.)

Wahlergebnisse in Preußen.

In jedem Wahlkreis sind nur die wichtigsten Parteien berücksichtigt worden; die Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen läßt sich also auf Grund dieser Zusammenstellung nicht berechnen. Die Abkürzung „Poln." bedeutet „Poln. Volkspartei."

Wahlkreise; Parteien	Landstagswahl 1932	Präsidentenwahl 10. 4. 32	Präsidentenwahl 13. 3. 32	Reichstagswahl 1930
1. Ostpreußen				
KPD	103 024	84 928	116 451	124 375
DNVP	107 771	—	133 879	205 378
NSDAP	515 445	493 176	402 300	236 507
SPD	250 866	—	—	212 924
SAP	1 517	—	—	—
Staatsp.	13 166	—	—	26 915
Zentr.	85 190	—	—	83 064
DVP	16 474	—	—	56 847
Chr.-Soz.	19 718	—	—	46 083
Wi.-P.	4 403	—	—	17 747
Landv.	5 330	—	—	14 966
Poln.	3 694	—	—	—
2. Berlin				
KPD	352 444	314 6[illegible]	371 410	408 646
DNVP	81 967	—	90 831	145 032
NSDAP	288 249	332 058	247 387	158 257
SPD	361 957	—	—	346 019
SAP	3 466	—	—	—
Staatsp.	26 218	—	—	53 097
Zentr.	46 560	—	—	44 623
DVP	5 853	—	—	27 526
Chr.-Soz.	5 903	—	—	10 352
Wi.-P.	4 181	—	—	27 360
Landv.	1 643	—	—	393
Hann.	124	—	—	—
Poln.	1 452	—	—	—
3. Potsdam II				
KPD	196 456	167 957	205 442	217 950
DNVP	121 234	—	116 885	164 178
NSDAP	372 915	415 362	326 477	184 037
SPD	321 492	—	—	285 655
SAP	3 523	—	—	—
Staatsp.	48 751	—	—	76 833
Zentr.	45 670	—	—	37 724
DVP	16 737	—	—	58 830
Chr.-Soz.	6 293	—	—	11 936
Wi.-P.	6 206	—	—	32 128
Landv.	7 997	—	—	9 314
Hann.	137	—	—	—
Poln.	533	—	—	—
4. Potsdam I				
KPD	203 887	182 838	229 503	230 806
DNVP	114 564	—	132 583	159 500
NSDAP	436 528	483 599	375 479	215 933
SPD	339 610	—	—	329 993
SAP	3 868	—	—	—
Staatsp.	25 597	—	—	40 241
Zentr.	29 226	—	—	26 942
DVP	11 928	—	—	38 582
Chr.-Soz.	7 341	—	—	13 381
Wi.-P.	9 183	—	—	47 473
Landv.	2 419	—	—	27 874
Poln.	278	—	—	—
5. Frankfurt-O.				
KPD	68 481	57 389	81 523	84 268
DNVP	96 340	—	123 219	119 086
NSDAP	410 389	420 891	338 049	204 595
SPD	238 263	—	—	240 283
SAP	1 580	—	—	—
Staatsp.	13 196	—	—	27 306
Zentr.	58 575	—	—	52 623
DVP	12 653	—	—	34 532
Chr.-Soz.	7 864	—	—	20 526
Wi.-P.	6 298	—	—	32 023
Landv.	7 396	—	—	62 144
6. Pommern				
KPD	78 942	64 519	94 570	85 955
DNVP	175 876	—	198 371	242 720
NSDAP	450 875	510 655	391 815	237 080
SPD	241 144	—	—	241 748
SAP	2 268	—	—	—
Staatsp.	16 165	—	—	24 262
Zentr.	12 261	—	—	10 388
DVP	11 840	—	—	32 446
Chr.-Soz.	8 398	—	—	17 707
Wi.-P.	8 047	—	—	32 468
Landv.	4 406	—	—	31 663
7. Breslau				
KPD	75 268	69 138	96 862	83 133
DNVP	68 561	—	81 702	95 276
NSDAP	458 119	461 150	403 282	259 227
SPD	277 591	—	—	314 426
SAP	14 355	—	—	—
Staatsp.	11 629	—	—	20 275
Zentr.	169 814	—	—	171 870
DVP	—	—	—	28 740
Chr.-Soz	16 404	—	—	30 861
Wi.-P.	7 940	—	—	28 834
Landv.	—	—	—	17 226
Poln.	310	—	—	—

Wahlkreise; Parteien	Landstagswahl 1932	Präsidentenwahl 10. 4. 32	Präsidentenwahl 13. 3. 32	Reichstagswahl 1930
8. Liegnitz				
KPD	41 645	33 946	46 744	41 447
DNVP	47 728	—	62 910	58 549
NSDAP	318 938	313 797	275 062	142 173
SPD	194 647	—	—	218 023
SAP	2 760	—	—	—
Staatsp.	14 777	—	—	33 755
Zentr.	49 498	—	—	53 451
DVP	—	—	—	23 670
Chr.-Soz.	10 725	—	—	22 011
Wi.-P.	11 280	—	—	35 892
Landv.	—	—	—	42 779
Hann.	—	—	—	—
Poln.	235	—	—	—
9. Oppeln				
KPD	85 626	79 032	102 706	110 633
DNVP	52 225	—	54 656	101 568
NSDAP	212 455	213 747	185 301	63 565
SPD	52 585	—	—	62 125
SAP	1 836	—	—	—
Staatsp.	3 405	—	—	6 923
Zentr.	249 699	—	—	234 893
DVP	—	—	—	9 451
Chr.-Soz.	—	—	—	4 808
Poln.	28 043	—	—	36 866
10. Magdeburg				
KPD	71 414	62 137	82 552	74 647
DNVP	64 270	—	85 389	65 494
NSDAP	307 623	318 484	264 804	147 764
SPD	261 087	—	—	280 367
SAP	1 961	—	—	—
Staatsp.	13 550	—	—	28 492
Zentr.	15 326	—	—	14 476
DVP	14 335	—	—	49 944
Chr.-Soz.	2 267	—	—	4 606
11. Merseburg				
KPD	180 729	165 189	201 514	205 574
DNVP	65 266	—	103 626	65 413
NSDAP	344 342	351 748	273 410	168 677
SPD	155 759	—	—	160 286
SAP	2 842	—	—	—
Staatsp.	13 503	—	—	25 813
Zentr.	11 273	—	—	10 706
DVP	16 603	—	—	50 555
Chr.-Soz.	3 350	—	—	8 062
Wi.-P.	8 662	—	—	45 412
12. Erfurt				
KPD	53 110	47 188	65 975	52 579
DNVP	24 965	—	38 118	24 748
NSDAP	143 385	155 237	117 108	64 460
SPD	65 679	—	—	79 375
SAP	831	—	—	—
Staatsp.	6 466	—	—	14 218
Zentr.	47 321	—	—	43 240
DVP	7 073	—	—	19 347
Chr.-Soz.	1 705	—	—	4 497
13. Schleswig-H.				
KPD	80 899	71 181	98 405	92 605
DNVP	48 721	—	60 019	53 003
NSDAP	467 663	452 666	405 887	232 729
SPD	252 920	—	—	255 593
SAP	2 574	—	—	—
Staatsp.	18 542	—	—	40 994
Zentr.	8 656	—	—	8 803
DVP	20 865	—	—	62 447
Chr.-Soz.	8 578	—	—	16 304
Wi.-P.	4 068	—	—	—
Landv.	907	—	—	—
Hann.	417	—	—	—
Poln.	—	—	—	—
14. Weser-Ems				
KPD	18 356	15 342	23 483	14 667
DNVP	20 276	—	29 802	25 928
NSDAP	146 122	149 612	130 083	77 274
SPD	68 576	—	—	72 177
SAP	1 079	—	—	—
Staatsp.	5 761	—	—	10 285
Zentr.	98 349	—	—	101 172
DVP	6 881	—	—	18 511
Chr.-Soz.	8 174	—	—	18 458
Wi.-P.	1 347	—	—	—
Landv.	1 317	—	—	—
Hann.	9 374	—	—	—
Poln.	—	—	—	—
15. Osthannover				
KPD	39 620	35 685	49 333	43 072
DNVP	47 564	—	77 665	46 217
NSDAP	279 379	288 843	240 731	118 672
SPD	150 422	—	—	161 858
SAP	1 635	—	—	—
Staatsp.	10 395	—	—	20 715
Zentr.	7 496	—	—	7 708
DVP	11 007	—	—	34 047
Chr.-Soz.	5 404	—	—	12 181
Wi.-P.	—	—	—	18 605
Landv.	3 631	—	—	20 135
Hann.	34 319	—	—	86 566
Poln.	342	—	—	—

Wahlkreise; Parteien	Landstagswahl 1932	Präsidentenwahl 10. 4. 32	Präsidentenwahl 13. 3. 32	Reichstagswahl 1930
16. Südhannover				
KPD	50 084	42 851	59 943	42 450
DNVP	41 598	—	51 477	45 264
NSDAP	392 601	397 133	342 823	200 033
SPD	285 004	—	—	333 148
SAP	2 070	—	—	—
Staatsp.	13 189	—	—	25 350
Zentr.	52 093	—	—	49 574
DVP	20 230	—	—	55 141
Chr.-Soz.	6 122	—	—	12 592
Wi.-P.	2 915	—	—	—
Landv.	2 279	—	—	—
Hann.	18 924	—	—	—
Poln.	214	—	—	—
17. Westfalen-N.				
KPD	131 337	114 170	162 634	145 441
DNVP	62 929	—	66 140	69 032
NSDAP	304 266	325 998	276 348	136 247
SPD	193 270	—	—	222 950
SAP	3 429	—	—	—
Staatsp.	6 551	—	—	21 717
Zentr.	440 187	—	—	421 853
DVP	23 296	—	—	56 831
Chr.-Soz.	—	—	—	39 969
Wi.-P.	18 868	—	—	—
Landv.	17 791	—	—	—
Hann.	—	—	—	—
Poln.	4 109	—	—	—
18. Westfalen-S.				
KPD	227 932	190 426	280 359	239 663
DNVP	62 903	—	64 053	54 615
NSDAP	408 786	583 843	510 869	195 466
SPD	247 551	—	—	300 456
SAP	7 710	—	—	—
Staatsp.	14 043	—	—	38 424
Zentr.	342 076	—	—	312 197
DVP	22 271	—	—	84 932
Wi.-P.	10 911	—	—	50 794
19. Hess.-Nassau				
KPD	136 275	112 539	166 745	137 148
DNVP	49 010	—	63 030	44 554
NSDAP	606 725	583 834	510 869	284 996
SPD	309 561	—	—	353 111
SAP	7 590	—	—	—
Staatsp.	25 670	—	—	54 661
Zentr.	207 388	—	—	192 692
DVP	35 103	—	—	76 312
Chr.-Soz	28 420	—	—	60 440
20. Köln-Aachen				
KPD	155 056	132 876	182 816	169 157
DNVP	37 342	—	31 927	34 816
NSDAP	257 548	244 204	215 982	169 510
SPD	126 607	—	—	165 480
SAP	4 040	—	—	—
Staatsp.	14 342	—	—	34 019
Zentr.	482 757	—	—	425 273
DVP	28 802	—	—	57 782
Chr.-Soz.	5 347	—	—	8 552
21. Kobl.-Trier				
KPD	45 448	37 573	51 571	39 921
DNVP	28 022	—	52 204	29 694
NSDAP	192 413	187 428	148 376	91 231
SPD	42 908	—	—	55 826
SAP	1 335	—	—	—
Staatsp.	3 436	—	—	10 578
Zentr.	321 891	—	—	315 574
DVP	9 919	—	—	22 420
Chr.-Soz.	2 523	—	—	178
Wi.-P.	7 807	—	—	29 856
Landv.	16 322	—	—	33 339
22. Düsseld.-Ost				
KPD	274 410	234 265	319 930	321 294
DNVP	50 601	—	47 291	59 421
NSDAP	399 480	388 720	334 550	210 162
SPD	143 885	—	—	169 451
SAP	4 526	—	—	—
Staatsp.	9 186	—	—	30 237
Zentr.	251 811	—	—	230 348
DVP	22 773	—	—	61 023
Chr.-Soz.	21 018	—	—	42 270
Wi.-P.	18 939	—	—	65 655
Landv.	1 262	—	—	1 312
Poln.	1 619	—	—	—
23. Düsseld.-W.				
KPD	149 159	125 521	189 646	176 116
DNVP	55 198	—	54 582	59 010
NSDAP	293 973	299 303	262 645	168 784
SPD	93 487	—	—	119 214
SAP	3 713	—	—	—
Staatsp.	4 909	—	—	15 836
Zentr.	341 304	—	—	308 937
DVP	16 164	—	—	44 202
Chr.-Soz.	10 308	—	—	21 939
Wi.-P.	10 401	—	—	49 652
Landv.	5 016	—	—	10 755
Poln.	3 618	—	—	—

Die Wahlen in Deutschland.

	Preußen Landtag 32	Preußen 1. Wahlg.	Preußen Reichst. 30	Bayern Landtag 32	Bayern 1. Wahlg.	Bayern Reichst. 30	Württemberg Landtag 32	Württemberg 1. Wahlg.	Württemberg Reichst. 30	Hamburg Bürgersch. 1932	Hamburg 1. Wahlg.	Hamburg Bürgersch. Sept. 1931	Anhalt Landtag 32	Anhalt 1. Wahlg.	Anhalt Reichst. 30
KPD	2 819 602 12,5 %	3 280 121 14,2 %	3 141 547 14,8 %	259 400 6,6 %	311 589 7,0 %	224 719 6,0 %	116 644 9,4 %	145 154 9,4 %	130 073 9,0 %	119 477 15,8 %	123 879 15,0 %	168 674 22,0 %	20 414 9,3 %	24 883 11 %	23 742 11 %
DNVP	1 524 936 6,8 %	1 820 359 7,9 %	1 968 856 9,2 %	127 963 3,2 %	113 248 3,0 %	75 052 2,0 %	53 410 4,3 %	83 963 6,0 %	54 455 4,0 %	32 344 4,3 %	37 995 5,0 %	43 278 6,0 %	12 807 5,8 %	13 661 6 %	8 235 4 %
NSDAP	8 008 219 35,7 %	6 832 107 29,5 %	3 982 657 18,7 %	1 270 602 32,2 %	1 270 147 30,0 %	677 928 19,0 %	328 188 26,3 %	369 725 26,0 %	128 658 9,0 %	233 528 30,9 %	200 634 24,0 %	202 506 26,0 %	89 602 40,9 %	86 155 37 %	43 634 20 %
SPD	4 674 943 20,9 %		4 989 488 23,4 %	644 098 16,3 %		787 699 22,0 %	206 572 16,6 %		280 720 20,0 %	226 233 29,9 %		214 553 27,0 %	75 120 34,3 %		84 977 38 %
SAP	70 055 0,3 %			13 242 0,3 %						6 200 0,8 %			803 0,4 %		—
Staatspartei	332 441 1,5 %		680 946 3,2 %				59 689 4,8 %		135 414 10,0 %	84 139 11,1 %		67 105 9,0 %	3 227 1,5 %		5 025 2 %
Zentr. bzw. Bayer. VP.	3 374 411 15,1 %		3 158 131 14,8 %	1 272 074 32,2 %		1 175 074 33,0 %	254 675 20,5 %		281 556 20,0 %	10 119 1,3 %		10 798 1,0 %	2 630 1,2 %		2 602 1 %
DVP	330 825 1,5 %		1 004 118 4,7 %	66 012 1,7 %		176 661 5,0 %				23 805 3,1 %		36 927 5,0 %	8 194 3,7 %		27 895 13 %
Chr. Soz.	255 066 1,1 %			42 109 1,1 %		66 723 2,0 %	52 352 4,2 %		91 424 7,0 %	7 729 1,0 %		10 858 1,0 %			

Die Wahlen in Berlin.

Bezirksamt	KPD	DNVP	NSDAP	SPD	SAP	Staatspartei	Zentrum	DVP	Christl. Soz.-Vd.	Wirtsch. Partei	Deutsches Landvolk
1. Berlin-Mitte:											
Landtagsw. 32	44 488	12 632	46 789	49 032	437	4 205	6 967	875	716	901	—
2. Wahlgang	39 789	—	53 088	—	—	—	—	—	—	—	—
1. Wahlgang	47 574	13 906	40 284	—	—	—	—	—	—	—	—
Reichst.-W. 30	52 872	23 425	26 859	45 128	—	9 350	6 998	5 096	1 347	4 128	88
2. Tiergarten:											
Landtagsw. 32	33 805	17 027	52 731	46 423	411	5 800	9 109	1 526	988	554	598
2. Wahlgang	28 918	—	56 509	—	—	—	—	—	—	—	—
1. Wahlgang	35 626	17 944	42 766	—	—	—	—	—	—	—	—
Reichst.-W. 30	39 917	27 102	28 305	42 280	—	11 143	8 256	6 029	1 672	3 536	99
3. Wedding:											
Landtagsw. 32	85 818	10 807	41 994	66 684	634	3 604	6 675	699	1 223	715	137
2. Wahlgang	77 752	—	49 616	—	—	—	—	—	—	—	—
1. Wahlgang	90 215	12 254	35 843	—	—	—	—	—	—	—	—
Reichst.-W. 30	99 223	20 015	20 758	64 642	—	6 881	6 254	3 699	2 104	4 833	51
4. Prenzl.Berg:											
Landtagsw. 32	59 815	13 176	48 659	70 171	722	4 304	7 215	840	790	678	185
2. Wahlgang	52 296	—	55 373	—	—	—	—	—	—	—	—
1. Wahlgang	61 938	14 967	40 350	—	—	—	—	—	—	—	—
Reichst.-W. 30	67 098	23 670	24 906	66 024	—	8 659	6 957	3 483	1 389	4 544	23
5. Friedrichsh.											
Landtagsw. 32	68 829	11 093	41 172	60 046	588	3 325	7 436	678	1 010	705	126
2. Wahlgang	62 682	—	49 137	—	—	—	—	—	—	—	—
1. Wahlgang	72 532	12 289	36 641	—	—	—	—	—	—	—	—
Reichst.-W. 30	80 178	19 648	24 461	59 902	—	6 778	7 446	3 183	1 732	4 900	37
6. Kreuzberg:											
Landtagsw. 32	60 709	17 433	60 468	70 648	679	5 051	9 211	1 247	1 195	863	360
2. Wahlgang	54 098	—	69 063	—	—	—	—	—	—	—	—
1. Wahlgang	64 140	19 530	51 832	—	—	—	—	—	—	—	—
Reichst.-W. 30	70 400	31 486	33 758	69 114	—	10 410	8 769	6 086	2 134	5 492	95
7. Charlottenb.											
Landtagsw. 32	33 671	22 177	69 491	60 580	662	11 274	10 741	3 068	1 127	2 163	—
2. Wahlgang	28 023	—	76 882	—	—	—	—	—	—	—	—
1. Wahlgang	34 335	21 043	61 068	—	—	—	—	—	—	—	—
Reichst.-W. 30	39 042	31 803	39 739	52 647	—	18 995	9 132	1 892	2 510	4 567	132
8. Spandau:											
Landtagsw. 32	14 662	6 398	29 078	26 169	182	1 687	3 416	1 699	876	624	101
2. Wahlgang	12 775	—	31 025	—	—	—	—	—	—	—	—
1. Wahlgang	16 249	5 768	24 886	—	—	—	—	—	—	—	—
Reichst.-W. 30	16 432	10 377	12 283	26 562	—	3 026	3 131	4 654	1 529	2 535	101
9. Wilmersdorf											
Landtagsw. 32	9 933	18 192	42 912	33 997	267	9 120	6 980	2 682	540	1 566	—
2. Wahlgang	7 861	—	48 693	—	—	—	—	—	—	—	—
1. Wahlgang	10 106	16 032	39 008	—	—	—	—	—	—	—	—
Reichst.-W. 30	11 071	23 419	22 124	26 053	—	1 481	5 054	9 009	898	2 059	125
10. Zehlendorf:											
Landtagsw. 32	2 572	7 290	14 715	9 168	111	2 362	2 210	1 471	226	142	755
2. Wahlgang	2 225	—	16 940	—	—	—	—	—	—	—	—
1. Wahlgang	2 831	6 280	12 746	—	—	—	—	—	—	—	—
Reichst.-W. 30	2 593	7 429	6 207	6 900	—	3 444	1 407	4 113	324	685	107
11. Schöneberg:											
Landtagsw. 32	18 223	18 360	52 063	39 335	293	7 383	6 724	2 029	628	412	852
2. Wahlgang	15 167	—	58 624	—	—	—	—	—	—	—	—
1. Wahlgang	19 037	18 230	45 579	—	—	—	—	—	—	—	—
Reichst.-W. 30	21 991	27 124	29 322	35 028	—	12 315	5 967	7 856	1 369	3 177	109
12. Steglitz:											
Landtagsw. 32	12 796	18 148	54 878	25 800	259	5 742	5 256	3 899	953	455	1299
2. Wahlgang	10 351	—	59 809	—	—	—	—	—	—	—	—
1. Wahlgang	13 182	16 605	47 577	—	—	—	—	—	—	—	—
Reichst.-W. 30	14 165	21 289	28 013	22 544	—	8 511	4 284	11 540	1 460	3 132	163
13. Tempelhof:											
Landtagsw. 32	10 519	6 892	25 145	20 840	233	2 945	3 440	935	451	277	321
2. Wahlgang	8 974	—	25 596	—	—	—	—	—	—	—	—
1. Wahlgang	11 170	6 832	20 485	—	—	—	—	—	—	—	—
Reichst.-W. 30	10 915	9 728	9 435	17 097	—	4 354	2 871	2 607	826	1 320	105
14. Neukölln:											
Landtagsw. 32	63 517	10 254	46 325	67 220	934	4 025	5 400	1 068	1 068	1 069	315
2. Wahlgang	56 664	—	52 321	—	—	—	—	—	—	—	—
1. Wahlgang	67 112	10 404	41 235	—	—	—	—	—	—	—	—
Reichst.-W. 30	70 344	17 580	22 342	65 783	—	6 798	4 995	4 862	2 196	4 472	122
15. Treptow:											
Landtagsw. 32	19 558	5 696	21 761	24 758	281	2 370	2 940	719	535	288	132
2. Wahlgang	17 461	—	24 137	—	—	—	—	—	—	—	—
1. Wahlgang	21 209	5 763	18 915	—	—	—	—	—	—	—	—
Reichst.-W. 30	21 791	9 010	9 338	22 116	—	3 435	2 509	2 533	881	2 102	52
16. Cöpenick:											
Landtagsw. 32	13 632	5 385	18 121	15 565	242	1 589	1 475	607	426	406	94
2. Wahlgang	14 155	—	25 160	—	—	—	—	—	—	—	—
1. Wahlgang	13 885	5 469	15 174	—	—	—	—	—	—	—	—
Reichst.-W. 30	15 211	7 297	7 875	14 674	—	2 456	1 305	2 198	702	3 267	81
17. Lichtenberg:											
Landtagsw. 32	40 713	9 317	36 041	46 067	420	3 105	5 687	840	1 205	696	158
2. Wahlgang	36 294	—	42 995	—	—	—	—	—	—	—	—
1. Wahlgang	43 430	10 592	32 747	—	—	—	—	—	—	—	—
Reichst.-W. 30	45 560	14 705	20 017	42 011	—	5 167	5 147	3 294	1 952	3 969	83
18. Weißensee:											
Landtagsw. 32	12 983	2 725	18 486	12 153	159	869	1 739	275	291	265	24
2. Wahlgang	11 638	—	14 995	—	—	—	—	—	—	—	—
1. Wahlgang	14 084	3 353	12 128	—	—	—	—	—	—	—	—
Reichst.-W. 30	14 185	5 245	6 171	10 958	—	1 357	1 680	1 231	533	1 468	47
19. Pankow:											
Landtagsw. 32	17 135	7 182	26 818	24 972	238	2 715	2 561	721	—	466	—
2. Wahlgang	14 968	—	30 183	—	—	—	—	—	—	—	—
1. Wahlgang	18 474	8 442	22 231	—	—	—	—	—	—	—	—
Reichst.-W. 30	18 144	12 194	11 773	21 799	—	3 942	2 225	2 351	850	2 439	130
20. Reinickend.											
Landtagsw. 32	25 621	5 578	27 334	28 092	434	2 435	3 932	905	611	513	79
2. Wahlgang	22 927	—	29 779	—	—	—	—	—	—	—	—
1. Wahlgang	27 838	6 371	23 642	—	—	—	—	—	—	—	—
Reichst.-W. 30	28 103	8 731	12 802	26 837	—	4 055	3 610	3 466	1 114	2 902	89

Das Ergebnis in Preußen.

Insgesamt 22 402 844 (26 587 672) Stimmen, davon entfallen auf:

		1930
Kommunisten	2 819 602	(3 141 547)
Sozialdemokraten	4 674 943	(4 989 488)
Deutsche Staatspartei	332 441	(680 946)
Zentrum	3 374 441	(3 158 131)
Deutsche Volkspartei	330 825	(1 004 118)
Wirtschaftspartei	191 021	(803 141)
Landvolkpartei	176 816	(579 182)
Nat. Front (Junge Rechte)	51 801	(—)
Christlich-Sozialer Volksdienst	255 066	(509 328)
Volksrechtspartei	44 229	(118 070)
Deutschnationale	1 524 936	(1 968 856)
Nationalsozialisten	8 008 219	(3 982 657)

Groß-Berlin.

Abgegebene Stimmen 2740743

		14. Sept. 1930
Kommunisten	648 077	(739 235)
Sozialistische Arbeiter-Partei	8 191	(—)
Sozialdemokraten	797 000	(738 094)
Deutsche Staatspartei	83 843	(145 260)
Zentrum	109 118	(97 997)
Deutsche Volkspartei	26 294	(99 112)
Wirtschaftspartei	11 078	(65 527)
Landvolk	8 471	(—)
Christlich-Sozialer Volksdienst	15 411	(27 522)
Haus- und Landwirte	11 286	(—)
Deutschnationale	225 513	(351 277)
Nationalsozialisten	764 840	(395 988)

Schlägereien vor der Wahl.

h Berlin, 24. April.

Während die Länderwahlen am Sonntag verhältnismäßig ruhig vor sich gingen, ist es in der vorhergehenden Nacht an vielen Stellen des Reichs zu erheblichen Schlägereien, vor allem zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten, gekommen, bei denen eine Reihe von Personen verletzt und in Berlin zwei Personen getötet wurden.

Einige Bilder aus diesem „Wahlkampf": Am Sonnabend abend erschien in einer sozialdemokratischen Wahlversammlung in Elxleben bei Erfurt eine Anzahl Nationalsozialisten, die die Versammlung auflösten und die Zuhörer aus dem Saal trieben. Als das Ueberfallkommando erschien, waren die Täter verschwunden.

In Herford kam es in der Nacht zum Sonntag zu blutigen Kämpfen zwischen Kommunisten, Reichsbannerleuten und Nationalsozialisten. Der Kampf wurde mit Pfeffer und Stahlruten geführt und zog sich bis in die Morgenstunden hin.

In Berlin kam es am Sonntag morgen in der Möckernstraße zu Schießereien zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten. Der Nationalsozialist CURTH erhielt einen Schläfenschuß, an dem er bald darauf starb. Eine Klärung der Frage, von wem der Angriff ausging, ist von der Polizei noch nicht erreicht worden.

Preußen-Regierung zum Wahlausgang.

In Kreisen der preußischen Regierung verlautet:

Auf Grund des Wahlergebnisses ist in diesem Zeitpunkt mit einem Rücktritt der Regierung selbstverständlich nicht zu rechnen, da der Rücktritt verfassungsmäßig doch nur dem Landtagspräsidenten mitzuteilen wäre und dieser daraufhin die Wahl eines neuen Ministerpräsidenten veranlassen müßte. Die Rücktrittserklärung der Regierung Preußen kann also nur gegenüber dem neuen Landtagspräsidenten erfolgen. Der alte Landtag besteht, da seine bisherige Auflösung nicht erfolgt ist, noch bis zum 20. Mai. Spätestens am 1. Juli wird der neue Landtag zusammentreten und einen neuen Landtagspräsidenten wählen.

In Kreisen der gegenwärtigen preußischen Regierung beurteilt man im übrigen die Neuwahlen so, daß sich im neuen Landtag höchstwahrscheinlich keine arbeitsfähige Mehrheit finden werde. Sollte aber keine Mehrheitskoalition, und demzufolge auch keine Mehrheit für einen neuen Ministerpräsidenten gefunden werden, so würde das Kabinett BRAUN, das vorher dem neuen Landtagspräsidenten seinen Rücktritt erklärt haben würde, als geschäftsführendes Ministerium im Amte bleiben.

Eine Koalitionsbereitschaft des Zentrums mit den Nationalsozialisten bezweifelt man mit dem Hinweis auf Hessen. Ein geschäftsführendes Ministerium auch in Preußen, so meint man, würde durchaus nichts Neues darstellen, da Bayern und Sachsen und seit dem vorigen Jahr auch Hessen durch geschäftsführende Ministerien verwaltet worden seien, bzw. verwaltet wären. Gesetze von irgendwelcher Bedeutung würden allerdings im Landtag vermutlich keine Mehrheit finden.

Sollte sich wirklich in Preußen keine Mehrheit finden, so würde dies in der gegenwärtigen Zeitlage Reichsregierung durch Notverordnungen das Vorbereiten einer grundlegenden Verschiebung des bisherigen Verhältnisses zwischen Reich und Ländern ergeben.

Vor der Wahl hieß es allgemein: „Wer Preußen hat, hat das Reich!" Nach den Ergebnissen dieser Wahlen würde, falls sich wirklich keine arbeitsfähige Preußenkoalition findet, die Parole umgekehrt werden können. „Wer das Reich hat, hat Preußen!"

Stimmen aus der französischen Presse.

Es liegen bis zur Stunde nur wenige Meldungen aus der französischen Presse vor. Die Rechtspresse unterstreicht den Sieg der Nationalsozialisten, und weist auf die Gefahren für die deutsche Außenpolitik hin.

„Echo de Paris" stellt fest, daß die Weimarer Verfassung von Tag zu Tag mehr verschwindet.

„Figaro" mahnt die Wähler, am kommenden Sonntag an das Ergebnis der Preußenwahl zu denken.

Die sozialdemokratische Zeitung „Populaire" betont, daß HITLER die Macht in Preußen nicht erobert habe.

Auch Wels unter den Opfern des NS-Terrors.

f Köln, 23. April.

Am Freitag wurde WELS, der in Köln in einer Wahlversammlung gesprochen hatte, in einem Restaurant von NS, unter Führung des NS-Reichstagsabgeordneten LEY angegriffen und mißhandelt. Der sozialdemokratische Polizeipräsident von Köln, BAUKNECHT, der WELS begleitete, wurde durch Schläge mit einer Weinflasche erheblich verletzt.

Wie der „Abend" mitteilt, war der verhaftete NS LEY am Sonnabend vormittag noch völlig betrunken.

*

Parteivorstand und Reichstagsfraktion der SPD haben in Telegrammen an den Reichspräsidenten, den Reichskanzler, den Reichsinnenminister und den preußischen Innenminister Schutzmaßnahmen gegen den NS-Terror gefordert.

Wir werden es begrüßen, wenn die propagandistische Ausnutzung des Falles WELS zu ernsthaften Maßnahmen gegen den NS-Terror führen wird. Peinlich wirkt es aber, daß nach soviel nationalistischen Morden an Arbeitern erst der Kehlkopf von WELS verletzt werden mußte, um die SPD in Harnisch zu versetzen. Im Reichstag ist z. B. nicht die SPD führend gewesen in der Anklage der nationalsozialistischen Mörder, sondern der Staatsparteiler WEBER.

FREUNDE UND LESER

der neuen Tageszeitung „Der FUNKE". Wir bitten dringlich um tatkräftige und erfolgreiche Unterstützung. Werdet feste Bezieher und

GEBT und sammelt Beiträge zum Pressefonds, damit wir auf- und ausbauen können.

Die Konferenz der Vertagungen.

g **Genf**, 25. April.

Statt am Sonnabend die Vertagung der Konferenz zu beschließen, wie geplant war, ist diese Entscheidung auf Montag vertagt worden. Man erwartet, daß die weiteren Sitzungen auf die Zeit nach den französischen Kammerwahlen verschoben werden. Das Schwergewicht der Arbeit wird inzwischen in die technischen Ausschüsse verlegt werden, die sich mit der Begriffsbestimmung der Angriffswaffe beschäftigen werden. Seit wann gehört die Arbeit des Definierens in das Reich der Technik? Aber das Ausweichverfahren, in dem sich die Regierungsvertreter in Genf zum Virtuosentum ausbilden, hat ihnen doch am Ende in diesem Fall einen guten Rat eingegeben; denn in den technischen Ausschüssen sitzen die Militärs, die zwar nicht so viel von der Wissenschaft des Definierens wissen, aber die Völkerbundsdelegierten aus der Praxis heraus darüber belehren können, welche Wirkung auch von solchen Waffen ausgeht, die jedes Volk sich nur zur Verteidigung beilegt.

Internationale Arbeitskonferenz in Genf.

g **Genf**, 25. April.

Der Vertreter der deutschen Regierung auf der internationalen Arbeitskonferenz, Ministerialdirektor GRIESER, entwickelte in einer Rede vor der Konferenz die katastrophale Wirtschaftslage Deutschlands und machte auf die Gefahren des gegenwärtigen wirtschaftlichen Zustandes Deutschlands aufmerksam. Die Arbeitslosigkeit wirke sich in katastrophaler Weise auf die Löhne und die Kaufkraft der Bevölkerung aus. So seien die Löhne um ⅕ Herabgesetzt. GRIESER widerlegte dann die im Auslande erhobenen Vorwürfe gegen die deutsche Sozialpolitik, die neben der technischen Entwicklung vielfach als die Ursache der deutschen Wirtschaftskrise dargestellt werde. In den Vereinigten Staaten seien heute 8—10 Millionen Arbeiter arbeitslos, obwohl die Vereinigten Staaten keine Sozialversicherung besäßen.

„Verfeinerung des Tarifvertrags-Systems."

H. Lm. Unter diesem Titel nimmt ein Mitarbeiter der „Deutschen Wirtschaftszeitung, Organ des Deutschen Industrie- und Handelstags", der wohlweislich seinen Namen verschweigt, Stellung zum Tarifvertragswesen.

Zunächst beklagt er sich über den „Schematismus des Zwangsschlichtungswesens", der schon früher bestanden habe, aber durch die Notverordnung vom 8. Dezember 1931 noch überboten worden sei.

Die Reichsregierung hat nun in einer amtlichen Verlautbarung zur Notverordnung ausgeführt, daß durch die genannte Verordnung „eine der Lage der Gesamtwirtschaft entsprechende Grundlage" für den „allmählichen Umbau des Tarifvertrags-Systems" geschaffen werden soll. Die hierbei angestrebte „Verfeinerung des Tarifvertrags-Systems" gefällt dem kapitalistischen Kritiker keineswegs. Sie genügt ihm nicht zur Schaffung einer größeren Anpassungsfähigkeit an die tatsächlichen Verhältnisse. Gewiß, so meint er, will offenbar auch die Reichsregierung die Tarifverträge mehr als bisher den örtlichen und betrieblichen Verschiedenheiten anpassen. Auch die Laufdauer der Tarifverträge soll gegebenenfalls abgekürzt werden. Man müsse aber selbst bei kurzfristigen Tarifverträgen für unvorhergesehene Erschütterungen Möglichkeiten zu vorzeitiger Auflösung auch dieser kurzfristigen Tarifverträge treffen. Dabei beunruhigt allerdings die Gefahr, daß auch die Gewerkschaften dann (bei steigender Konjunktur) ähnliche Ansprüche stellen könnten.

Wie kann man nun die von der Regierung erstrebte Möglichkeit schaffen, eine vorübergehende besondere Notlage einzelner Betriebe zu berücksichtigen? Eine Abdingbarkeitsklausel, die gestattet, auf Grund von Verhandlungen begrenzte Abweichungen vom Tariflohn vorzunehmen, genügt unserem Unternehmer-Anwalt auch noch nicht. Nur wenn es den einzelnen Betrieben überlassen bleibt, selbständig darüber zu entscheiden, ob und wie weit sie von den Abweichungsmöglichkeiten Gebrauch machen wollen, ist er zufriedengestellt.

Darüber hinaus beglückt er uns aber mit einem, wie er offenbar meint, grundlegend neuen Vorschlag, der dem Tarifvertragswesen sämtliche Giftzähne ausbrechen soll:

„. . . statt eines Lohnspielraums nach unten einen Lohnspielraum nach oben zu schaffen. Das würde folgendes bedeuten: An Stelle des . . . Inhaltes der Tarifverträge tritt eine einfache und auf wenige Arbeiter-Kategorien (z. B. Gelernte, Angelernte, Ungelernte) beschränkte Festsetzung von Mindestlöhnen."

Wir empfehlen dem Herrn Unternehmeranwalt, einmal die Geschichte des Tarifvertragswesens zu studieren. Dann wird er finden, daß die Tarifverträge von jeher nur Mindestlöhne festsetzen sollen. Wenn dies heute diesem Herrn nicht mehr bekannt ist, so kann das offenbar nur daran liegen, daß die Tariflöhne in nicht wenigen Fällen überhaupt nicht mehr eingehalten werden.

Immerhin sind auch wir der Ansicht wie unser Kritiker: „Es ist eine politische Frage, ob man das Gebäude des Tarifvertrags-Systems durch den Zwang wirtschaftlicher und sozialer Tatsachen untergraben und aushöhlen lassen will . . ." Das ist ein Grund mehr für die freien Gewerkschaften, die parteipolitische Neutralität aufrecht zu erhalten und dadurch den Weg zu allen politischen Parteien zu öffnen, die bereit sind, die gewerkschaftlichen Forderungen mit zu den eigenen zu machen.

Zur Tarifregelung bei den Buchdruckerei-Hilfsarbeitern.

Der am 19. April gefällte Schiedspruch zur Neuregelung des Reichstarifvertrages der Buchdruckereihilfsarbeiter und -arbeiterinnen ist von beiden vertragschließenden Arbeiterorganisationen angenommen worden. Der Schiedsspruch sieht eine Verlängerung des bisherigen Tarifvertrages bis zum 30. April 1933 vor.

Wegen der bei den Buchdruckern strittigen Paragraphen über die Arbeitszeit, Ueberstundenbezahlung, Sonntagsarbeit und Urlaub soll auf Antrag der Arbeitgeber Anfang nächster Woche im Reichsarbeitsministerium verhandelt werden.

Da diese Paragraphen auch für den neuen Hilfsarbeitertarif in Frage kommen, nehmen an den Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium auch die Vertreter der Organisationen der graphischen Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen teil.

Reichskanzler BRÜNING traf in Begleitung des Staatssekretärs VON BÜLOW am Sonntag vor Mitternacht mit dem fahrplanmäßigen Zuge wieder in Genf ein. Auf der Bahn wurde er vom Botschafter NADOLNY und Reichspressechef ZECHLIN abgeholt. Reichspressechef ZECHLIN erstattete ihm Bericht über die bis dahin vorliegenden Wahlergebnisse.

Mai-Kundgebung

veranstaltet vom Ortsverein Berlin des ISK,
am Freitag, dem 29. April 1932, um 20 Uhr,
im „Hackeschen Hof", Rosenthaler Str. 40-41, Nähe Bhf. Börse.

1. Musik.
2. Aufführung: „Und wir haben nichts dagegen getan!" Von Andersen und Hickerson. (Szenen aus dem Prozeß gegen Sacco und Vanzetti).
3. Musik.
4. Rede: WILLI EICHLER.
5. Gemeinsamer Gesang: „Die Internationale".

Eintritt: 30 Pf. Erwerbslose: 15 Pf.

Die öffentlichen Versammlungen des ISK.

Berlin: Freitag, den 29. April, um 20 Uhr, im „Hackeschen Hof", Rosenthaler Straße 40 (Nähe Bahnhof Börse): Oeffentliche Mai-Kundgebung.

Essen-West: Dienstag, den 26. April, 20 Uhr, in der Wirtschaft Spellerberg (früher Gardke), Siemens-Platz. Thema: „Welche Maßnahme können und sollen wir ergreifen gegen den drohenden Sieg des offenen Faschismus?"

Hannover: Mittwoch, den 27. April, 20.15 Uhr, in der städtischen Saalwirtschaft, Gartenallee 1. Thema: Landtagswahlen und die Bedeutung der Presse in der Politik.

Mainz: Dienstag, den 26. April, 20 Uhr, im Gasthaus Hoerlein, Ecke Hafen- und Frauenlobstraße. Thema: „Ueberwindung der Wirtschaftskrise durch Arbeitsbeschaffung."

München: Dienstag, den 26. April, um 20 Uhr, im Gasthof „Goldener Stiefel", Sendlinger Straße 67. Thema: „Der Kampf der Arbeiterschaft gegen Lohnabbau und Faschismus".

Freie Aussprache! Eintritt frei!

Hannover: Maifeier am 30. April, 20 Uhr, in der städtischen Saalwirtschaft, Gartenallee 1. Revue mit Lichtbildern: „Ins Elend hinein . . . . . Aus dem Elend heraus!" Redner: Karl Eckerlin (Kassel). Eintritt: 30 Pfennig, Erwerbslose 20 Pfennig.

Getreidepreise diesseits und jenseits der Zollmauern.

(In Mark per Doppelzentner.)

	Diesseits. Berliner Produktenbörse. Wochendurchschnitt.			Jenseits. Hamburg. unverzollt.
	17.4—23.4.	Vorwoche.	Vorjahr	23. 4.
Weizen	26,28	26,18	28,85	10,71
Roggen	19,90	19,90	19,58	9,90
Braugerste . .	19,24	19,14	24,78	—
Futtergerste . .	18,47	18,23	28,67	10,37
Hafer . . .	16,37	16,65	18,72	8,16
Weizenmehl . .	33,68	33,42	37,56	—
Roggenmehl . .	26,98	27,08	28,03	—

Verantwortl. Schriftleiter: Willi Eichler, Berlin. Anzeigen: R. Lippmann, Berlin. Verl.: Internation. Verlagsanstalt GmbH, Berlin S 14, Inselstr. 8a. Tel.: F 7 Jannowitz 5909. Druck: A. Janiszewski, Buchdruckerei u. Verlag GmbH, Berlin SO 36, Elisabethufer 28/29.

ISK

Zeitschrift des Internationalen Sozialistischen Kampf-Bundes

Als Ergänzung unserer Artikel-Serie über

Sowjet-Rußland

empfehlen wir die Lektüre folgender im „ISK" veröffentlichten Aufsätze:

HELLMUT RAUSCHENPLAT:

Das Wirtschaftsprogramm des ISK und Sowjet-Rußland.
Vergesellschaftung der Produktionsmittel.
Die Todesgefahr des Sozialismus in Rußland.
Einige Lehren der russischen Revolution.
Erfreuliche und unerfreuliche Nachrichten aus der Sowjet-Union.
Wohin treibt Sowjet-Rußland?

Einzelheft 20 Pf. — Die deutsche Ausgabe des „ISK" erscheint monatlich und kostet 20 Pfennig ausschließlich Porto.

Internationale Verlagsanstalt G.m.b.H., Berlin S 14, Inselstr. 8a

MAGDEBURG
Apfelsaft
naturrein und ungegoren, hervorragend zur Frühjahrskur, bestes Tafelgetränk
10 Flaschen RM 5,40
Versand per Bahn
Frischkost-Reformhaus
Magdeburg
O. v. Guerickestraße 104

Erstklassige Maßarbeit
Herren-Anzüge Mäntel • Damen-Mäntel Kostüme
!!! Tadelloser Sitz !!!
Schönheit
Magdeburg, Otto v. Guerickestraße 104, H. r. I.
Stoffmuster vorrätig.

BÜROBEDARFSARTIKEL
Reparaturen und Reinigung von Schreibmaschinen
A. H. TIMMERMANN
Hamburg, Barcastraße 8.
Telephon: 25 53 42

Sprechapparate
Koffer ☐ Schatullen ☐ Schränke
Schallplatten
für Konzert und Unterhaltung in allen Preislagen
Otto Pfotenhauer
Weimar, Röhrstraße 40
Verlangen Sie Angebote!

Freunde und Leser des „Funken"!
Unterstützt Eure Zeitung!
Werbt Abonnenten!
Sammelt Anzeigen!
Bevorzugt bei Einkäufen unsere Inserenten!

Zeitschriften, Broschüren, Flugschriften, Plakate
stellt schnell, sauber und billig her
Oscar Wettig, Gelnhausen

Robert Peppmüller, Göttingen
Buchhandlung und Antiquariat für moderne Literatur
Kataloge und Auskunft gratis!

Von der Kunst, zu philosophieren.
Von Leonard Nelson.
35 Seiten. Geheftet 0,45 Mark.
Sonderdruck aus der seit langem vergriffenen Schrift:
„Die Reformation der Philosophie durch die Kritik der Vernunft."

„Wie alle Arbeiten NELSONS zeichnet sich auch diese durch vortreffliche Klarheit und Schärfe der Gedanken aus. ... An dem Buche darf keiner, der sich für philosophische Fragen interessiert, vorübergehen."
„Wissenschaftlich-pädagogische Rundschau" Nr. 41.

„Ein Buch, gerade auch für Arbeiter.
Die einfache und klare Sprache macht das Buch für jeden Arbeiter verständlich. Das Buch enthält keine für den Arbeiter unverständlichen ‚Professorenweisheiten', sondern jeder Gedanke wird klar entwickelt."
„Der Funke" Nr. 86.

Verlag „Öffentliches Leben", Berlin S14, Inselstr. 8a.

Sozialistische Wirtschaft in der Sowjetunion?

In der Sowjet-Union leben und arbeiten zweifellos begeisterte *Sozialisten:* Frauen und Männer, die alle Kraft daran setzen, die Ausbeutung zu beseitigen. Wir sind die letzten, ihre Kühnheit und ihren Opfermut zu verkennen und unsere Augen vor dem zu verschließen, was in der Sowjet-Union in der Richtung auf den Sozialismus geschehen ist: Die Angehörigen der herrschenden Klasse von 1917 sind ausgerottet oder unterdrückt oder haben sich zur Mitarbeit im Sowjet-Staat entschlossen; die herrschende Klasse von damals existiert nicht mehr; die Kirche wird als Feind behandelt. Alle diese Feststellungen entheben uns aber nicht der Frage: Ist die Wirtschaft in der Sowjet-Union, wie sie heute ist und wie sie sich nach der Forderung der KP entwickeln soll, eine *sozialistische Wirtschaft,* das heißt: eine ausbeutungsfreie Wirtschaft? Es sind zwei Fragen, die wir uns stellen müssen: Ist das, was in der Sowjet-Union vor sich geht und gehen wird eine zur Versorgung der Bevölkerung zweckmäßige *Wirtschaft?* Ist es *sozialistisch?* Zunächst zur ersten Frage.

Die Wirtschaft in der Sowjet-Union.

In zwei Aufsätzen in Nr. 92 und 95 haben wir gezeigt, daß man die Vorgänge in der Sowjet-Union als *Plan*wirtschaft nicht bezeichnen kann. Um zu untersuchen, was die zentral geleitete Wirtschaft in der Sowjet-Union leistet, müssen wir uns heute noch einmal durch eine Reihe von Statistiken hindurcharbeiten.

Es ist erfreulich — wenn die Zahlen stimmen —, daß 1913 in Rußland 8½ Millionen Paar Schuhe hergestellt wurden, 1931 jedoch 77 Millionen Paar. Die Befriedigung der Bedürfnisse nach Fußbekleidung ist also wesentlich besser als 1913. — Es ist erfreulich, daß die Roheisenproduktion der Sowjet-Union von 1913 auf 1931 von 4,2 Millionen Tonnen auf 4,9 Millionen Tonnen gestiegen ist, wenn auch diese Steigerung nichts Unerhörtes darstellt. Aus russischem Eisen können mehr Maschinen als 1913 hergestellt werden; das eröffnet die Möglichkeit, die Bevölkerung zum Beispiel mit Kleidern und Möbeln besser zu versorgen.

Es fragt sich aber, ob bei einer *Markt*wirtschaft die Versorgung der Bevölkerung mit Konsumgütern nicht wesentlich besser sein könnte als bei der *zentralen Leitung* der Wirtschaft durch den Obersten Volkswirtschaftsrat. Von den vielen Umständen, die diese Vermutung wahrscheinlich machen, seien hier nur einige hervorgehoben.

Rationalisierung ohne Senkung der Preise.

Trotz allen sozialistischen Wettbewerbs, trotz aller Atmosphäre der Propaganda gelingt es in der Sowjet-Union nicht, die Selbstkosten zu senken. Trotz stärkster Maschinierung der Produktion findet im Grunde keine Rationalisierung statt.

Die Kapitalanlagen in der Industrie sind weit größer, als im Fünfjahrplan vorgesehen. Während der ersten drei Jahre des Fünfjahrplans wurde nach Aussage von MOLOTOW der Kapitalinvestitionsplan doppelt durchgeführt; insgesamt wurden in drei Jahren 16 Milliarden Rubel neu angelegt. Jeder, der vergißt, daß es in Rußland keine freie Konkurrenz gibt, würde eine Senkung der Selbstkosten als Folge erwarten (eine Erhöhung der Selbstkosten wegen zu geringer Ausnutzung großer Betriebe kommt in der Sowjet-Union ja nicht in Frage). Auch die russischen Planwirtschaftler haben natürlich mit einer Senkung der Selbstkosten gerechnet.

Der Fünfjahrplan sah für 1931 eine Senkung der Selbstkosten in der Industrie um 7,6 Prozent vor. In Anbetracht dessen, daß wesentlich mehr Mittel als im Fünfjahrplan vorgesehen für die Verbesserung des Produktionsapparates aufgewandt worden sind, sah der Wirtschaftsplan für 1931 eine Senkung der Selbstkosten für Produktionsgüter um 10 Prozent, für Konsumgüter um 11 Prozent, für Bauarbeiten um 12 Prozent vor. KUIBYSCHEW mußte aber am 23. Dezember 1931 vor dem Zentralexekutivkomitee der Sowjet-Union feststellen, daß die Gestehungskosten gegenüber 1930 um 2 Prozent *gestiegen* waren, insgesamt um 1,5 Milliarden Rubel.

Der technische Vorgang, den wir Rationalisierung (vernünftigere Gestaltung) nennen, führt im Monopol-Kapitalismus, zum Beispiel infolge von Kartellen und Zöllen, nicht zu Preissenkungen. Im Kollektivismus sind es andere Umstände, die die gleiche Wirkung haben. Die Folgen für die Versorgung der Massen sind in beiden Fällen die gleichen.

In der Sowjet-Union sind am 1. Februar, wie man aus den verschiedensten Quellen hört, die Preise für rationierte Lebensmittel um 30 bis 50 Prozent, für rationierte Kleidungsstücke um 50 und mehr Prozent heraufgesetzt worden. Was bedeutet es demgegenüber, daß der Lohn nach dem Wirtschaftsplan für 1931 in der Industrie um 6 Prozent, im Transport um 8 Prozent erhöht werden sollte, tatsächlich um 18 Prozent erhöht worden ist und daß 1932 der Lohn in der Industrie um 11 Prozent steigen soll?

Die Arbeitsproduktivität.

In der Sowjet-Union stehen die modernsten Maschinen. Aber:

„Die Ausschmelzung von Roheisen pro Jahr und pro Arbeiter beträgt in den Vereinigten Staaten 1300 Tonnen, in Deutschland 620 Tonnen und in den besten Betrieben der Sowjet-Union 300 Tonnen....

Es muß bemerkt werden, daß es unzulässig ist, wie auf anderen Maschinenbauwerken Metall vergeudet wird. Davon zeugt eine Untersuchung der Zentralen Kontrollkommission des Volkskommissariats der Arbeiter- und Bauerninspektion, die festgestellt hat, daß der durchschnittliche Prozentsatz des Abfalls der Metallindustrie in Deutschland 23 Prozent, bei uns 56 Prozent beträgt."

Auch das sagte kein Gegner der Sowjet-Union, sondern der Vorsitzende des Rats der Volkskommissare, MOLOTOW, auf der XVII. Parteikonferenz der KPSU am 13. Januar 1932. Das Ergebnis der Wirtschaft — wir sagen besser: Mißwirtschaft — ist das Steigen der Selbstkosten, die unvermeidliche Folge davon die Heraufsetzung der Preise.

Die Wirtschaft im Spiegel der neuen Parolen.

Es würde zu weit führen, alle Mitteilungen über die Ergebnisse schlechter Ausnutzung der vorhandenen Arbeitskraft zusammenzustellen. Eine bessere Bestätigung ist: die Sowjet-Führer geben durch ihre Maßnahmen und Parolen zu, daß sie wissen, wo die Quelle des Uebels liegt. Die Rede STALINS vom 23. Juni 1931 zeigt das mit aller Deutlichkeit.

Gegen die „Fluktuation" (das Hin- und Herströmen) der Arbeitskraft will er vorgehen durch Differenzierung der Löhne; dies soll dem Arbeiter einen Anreiz geben, ein qualifizierter Arbeiter zu werden und dadurch mehr zu verdienen.

Den Zustand „mangelnder persönlicher Verantwortlichkeit" kann man, wie STALIN richtig sagt, nicht durch Beschwörung und weitschweifige Reden überwinden:

„Mit Recht sagen die Arbeiter: ‚Wir würden die Arbeitsproduktivität heben und die Arbeit verbessern; wer aber wird uns schätzen, wenn niemand für etwas Bestimmtes verantwortlich ist?"

Weil bei dem „ununterbrochenen Arbeitsprozeß" in der Fünftagewoche die einzelnen Arbeiter nicht für ihre Arbeit und ihren Arbeitsplatz verantwortlich gemacht werden konnten, hat man kurz entschlossen den „ununterbrochenen Arbeitsprozeß", der nicht lange vorher noch als größter Fortschritt gerühmt wurde, beseitigt.

Aus den gleichen Gründen verlangte STALIN, daß die „jetzigen umfangreichen Produktionsvereinigungen, die manchmal aus 100 bis 200 Betrieben bestehen, sofort aufgelöst" werden. Er verlangte ferner den Uebergang „von der kollegialen Verwaltung zum System der individuellen Leitung". STALIN verlangte, daß Schluß gemacht wird mit einer Praxis, bei der die Betriebsleiter damit rechnen, „daß die Staatsbank ‚uns sowieso die notwendigen Summen überweisen wird'". In den einzelnen Betrieben soll man wieder rechnen und kalkulieren.

Alles sehr richtige Forderungen und Wünsche. Aber wird es gelingen, sie im Kollektivismus durchzuführen, in einem Wirtschaftssystem, das darauf aufgebaut ist, daß nicht der einzelne, sondern die Gesamtheit und als deren Vertreter Beamte für die Wirtschaft verantwortlich sind? Vorläufig kann der Außenstehende aus der Tatsache, daß STALIN die aufgeführten Forderungen so nachdrücklich erhebt, nur schließen, daß die Durchführung der kollektivistischen Grundsätze nicht so einfach ist, wie sich das manche denken.

Gute kollektivistische Wirtschaft ist denkbar.

Der erste Anlauf zum Kollektivismus in der Zeit der Kriegswirtschaft ist mißlungen. LENIN brach den Versuch des Kriegskommunismus ab und führte die NEP. ein. Wir beobachten heute den zweiten Anlauf, einem ganzen Volk, Arbeitern und Bauern, das kollektivistische Wirtschaftssystem aufzuzwingen. Und wieder sehen wir, daß entweder das eigene Interesse der Beteiligten nicht groß genug ist, um gute Ergebnisse zustande zu bringen, oder aber so stark ist, daß es zu Handlungen entgegen dem kollektivistischen Prinzip führt.

Nehmen wir jedoch an, es gelänge, die Arbeitsproduktivität zu heben, es gelänge, das russische Volk nicht nur mit riesigen Hochofenanlagen, sondern auch mit Produkten dieser Anlagen, ferner mit Kleidern und Nahrungsmitteln reichlich zu versorgen. Man könnte dann vielleicht von *guter* kollektivistischer *Wirtschaft* sprechen. Es bliebe aber die Frage:

Wäre diese Wirtschaft ausbeutungsfrei?

Genauer: Wäre in ihr die Freiheit von Ausbeutung am besten, ja wäre sie in ihr überhaupt gewährleistet?

Die meisten Kommunisten (übrigens auch Sozialdemokraten!) werden es ablehnen, auf diese Frage einzugehen, mit der Begründung: die naturnotwendige Entwicklung gehe zur Vergesellschaftung; die Menschen hätten gar nicht die Wahl, ihre Wirtschaft sich anders einzurichten, es sei denn, sie wollten den „Rückfall in die Barbarei".

Es ist hier nicht der Ort, diese Behauptung von der naturnotwendigen Entwicklung, die die russischen Kommunisten dogmatisch von ihren Lehrern übernommen haben, zu widerlegen. (Vergleiche dazu: LEONARD NELSON: „Die bessere Sicherheit." 2. Auflage. Verlag „Oeffentliches Leben", Berlin 1932.) Zur Beurteilung der Lage in der Sowjet-Union ist diese Widerlegung übrigens auch nicht notwendig. Was die riesigen „Industrie-Kombinate" in der Sowjet-Union entstehen läßt, das ist gewiß keine oekonomisch notwendige Entwicklung, sondern der fanatische Wille von Parteiführern. Und keine ökonomisch notwendige Entwicklung hat 60 Prozent der landwirtschaftlichen Betriebe in die Kollektiv-Betriebe getrieben, sondern der schärfste politische Druck.

In bezug auf die Sowjet-Union bleibt also für alle, die bereit sind, sich die Tatsachen ohne Parteibrille anzusehen, die Frage offen, welche Wirtschaftsform die Freiheit von Ausbeutung am besten gewährleistet. Für diejenigen, die sich von dem Aberglauben an die naturnotwendige Entwicklung befreit haben, ist jene Frage für alle Länder offen. Ja, sie ist angesichts des Versagens der kapitalistischen Ordnung die brennendste Frage des Tages.

Erfahrungen gegen Erfahrungen.

Muß man sich nun darauf beschränken, lediglich *Erfahrungen* zusammenzutragen, um diese Frage zu beantworten? Es liegen schlechte Erfahrungen aus der Sowjet-Union vor. Den bisherigen und künftigen schlechten Erfahrungen könnte man aber stets entgegenhalten, daß ja auch *andere* Erfahrungen gemacht werden können, daß zum Beispiel die Russen bei ihrem starken Aufbauwillen es allmählich lernen werden, die bürokratischen Schäden zu beseitigen. Auf den Hinweis, daß die Menschen nun einmal nach aller Erfahrung freiheitsliebend sind und sich daraus im Kollektivismus stets Schwierigkeiten ergeben werden, könnte man entgegnen, nach einer andern Erziehung der Menschen wird man *andere* Erfahrungen machen.

Jedem, der auf Erfahrungen pocht, kann eine andere Erfahrung oder die Möglichkeit anderer Erfahrungen entgegengehalten werden.

Können wir zu einem Urteil kommen unabhängig von der Erfahrung? Wir trauen uns das zu.

Ein Urteil, unabhängig von der Erfahrung.

Gerade je vollkommener die ungeheure Maschinerie der kollektivistischen Wirtschaft ist, um so geringer ist die Möglichkeit, ihr auszuweichen. Selbst wenn die Staatsbeamten moralisch vollkommen und allwissend wären, wenn sie jedem ihrer Mitmenschen ins Herz sehen könnten und jeden Einzelnen nach seinen Bedürfnissen richtig und gerecht in den Riesenbetrieb eingliederten, selbst dann bliebe ein — und zwar ein von jeder Erfahrung unabhängiger — Einwand gegen den Kollektivismus bestehen.

Andere Menschen vor jeder Handlung um Erlaubnis fragen zu müssen, ist für jeden von uns bedrückend; auch wenn jene anderen noch so anständige Menschen sind, bleibt es bedrückend. Dafür entschädigt uns nicht die Menge der Güter, die wir mit ihrer Erlaubnis verbrauchen dürfen.

Keine Statistik über den Verbrauch von Eisen und Brot sagt etwas darüber, ob Menschen menschenwürdig leben. Es ist wirklich so: Der Mensch „lebt nicht vom Brot allein". Denn der Wert unseres Lebens hängt davon ab, ob wir es frei gestalten können. Im Kapitalismus sind wir von einer Reihe von Monopolisten abhängig. Diese Abhängigkeit wird im Kollektivismus zum Prinzip erhoben: Vor den Vertretern des dann einzigen Monopolisten: der Gesamtheit, gibt es kein Entrinnen.

Das Interesse der Menschen an ihrer persönlichen Selbstbestimmung wird durch den Kollektivismus notwendig und ständig verletzt. Das liegt im Wesen dieser Wirtschaftsordnung. Wir können das daher unabhängig von aller Erfahrung sagen.

Eine andere Notwendigkeit.

Das zwangsläufige Kommen des Kollektivismus ist durch nichts erwiesen. Wir führen eine neue Notwendigkeit ein in die Diskussion über die beste Wirtschaftsform: die Notwendigkeit, das Ideal der persönlichen Selbstbestimmung zu achten.

Der Fehler der Liberalen, die auch von diesem Ideal sprachen und sprechen, liegt darin, daß sie jeden Staatseingriff ablehnen, der über die Tätigkeit des Nachtwächters hinausgeht, daß sie Staatseingriffe ablehnen, auch wo diese nur dem Schutz der *Gleichheit* in der Ausübung persönlicher Freiheit dienen. Die durch diese Ablehnung ermöglichten Erfahrungen, daß schrankenlose Freiheit vor allem Freiheit für die Ausbeuter bedeutet, führte zu der Forderung, der Staat solle die Opfer der Ausbeutung schützen. Das ist der vernünftige Kern des Kollektivismus. Doch übertreiben die Kollektivisten nach der entgegengesetzten Richtung: Sie fordern Beseitigung jeglicher wirtschaftlichen Freiheit.

„Für den Sozialisten gilt es, das Richtige der beiden genannten Lehren mit einander in Einklang zu bringen: staatlichen Schutz vor Ausbeutung und Wahrung der dabei möglichen Freiheit der Selbstbestimmung." (NELSON.)

Unsere Antwort an die Vertreter des Kollektivismus.

Wir antworten all denen, die die Sowjet-Wirtschaft als Vorbild rühmen, daher nicht, indem wir sie auf die Fülle der einzelnen Mißstände hinweisen, die von dort berichtet werden. Auf solche Hinweise können sie nämlich häufig mit Recht antworten: Wir arbeiten daran, diese Mißstände zu beseitigen. Und sie können hinzufügen: Helft uns doch dabei; dann geht es schneller.

Wir sagen den Anhängern der Sowjet-Union und den russischen Kommunisten vielmehr: Die Entscheidung zwischen Marktwirtschaft und Planwirtschaft habt Ihr getroffen, ohne irgendwie zu durchdenken, was notwendig ist zur Wahrung der persönlichen Selbstbestimmung, und ohne zu bedenken, daß eine Marktwirtschaft durchaus nicht so aussehen muß, wie die heute mit kapitalistischen Monopolen durchsetzte Marktwirtschaft. Auch die „Afa-Bundeszeitung" bedenkt dies nicht: sie will uns deshalb unterschieben, wir wollten „zu den herrlichen Zeiten des liberalen *Konkurrenzkapitalismus*" zurück. — Den gleichen Fehler machen alle Kollektivisten — also auch alle Sozialdemokraten.

Wenn man die Kämpfer gegen Ausbeutung jeder Art *Sozialisten* nennt, dann sind gerade die russischen Kommunisten nur in beschränktem Sinne Sozialisten. Sie denken lediglich an eine Form der Ausbeutung und wenden lediglich alle Kraft daran, *eine* Form der Ausbeutung durch eine *andere* zu ersetzen. Das ist natürlich nicht ihre Absicht, aber das Ergebnis ihrer Anstrengungen.

Wir verlangen, daß der Staat eingreift auf wirtschaftlichem Gebiet, überall wo einzelne Menschen sich Machtpositionen schaffen, auf Grund deren sie andere ausbeuten können, — daß er seine Eingriffe aber darauf beschränkt und im übrigen das freie Spiel der Kräfte in der Marktwirtschaft bestehen läßt. Denn nur so können wir erreichen, was wir erreichen wollen: die ausbeutungsfreie Gesellschaft, den Sozialismus.

Hellmut Rauschenplat.

LITAUEN

Verteilung des Grundeigentums: Nach einer Zählung, die Ende 1930 in Litauen durchgeführt wurde und rund 75 Prozent der gesamten Fläche des Landes erfaßte, ist das Grundeigentum in Litauen folgendermaßen verteilt:

	Anzahl der Betriebe		Fläche in Hektar	
		in Prozenten		in Prozenten
Größenklasse	absolut	der Betriebe	absolut	der Fläche
1 bis 8 ha	99 345	35	449 383	10
8 bis 30 ha	159 360	55	2 407 836	56
30 bis 100 ha	27 073	9,4	1 187 919	28
mehr als 100 ha	1 602	0,6	273 373	6